

REPORT

Nr. 17
Juli 2010

UM DAS MITREDEN DER BÜRGER IN DER POLITIK

38 Prozent der Österreicher befürworten politische Entscheide durch Volksabstimmungen, weitere 35 Prozent sagen: "Kommt drauf an" – Hauptbereiche der gewünschten Mitentscheidung: Zuwanderung, Kraftwerke, EU-Probleme, Pensionen, Sozialgesetze

Wenn die Vorzeichen in den Medien nicht trügen, kommen auf die Österreicher ab dem Herbst eine Reihe von Volksbegehren zu. Die Rede ist von Appellen an die Wählermeinung für eine Finanztransaktionssteuer durch die SPÖ, einer Initiative der GRÜNEN zur Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht und zur Durchsetzung einer rauchfreien Gastronomie sowie von Volksbegehren der FPÖ gegen Asylmissbrauch, gegen einen, ab Mai 2011 drohenden Massenzustrom ausländischer Arbeitskräfte und gegen die Milliardenhilfe für das marode Griechenland.

Hinter den geplanten Aktionen steht unverkennbar die Absicht, die Wähler im zeitlichen Umfeld der Wahlen zu mobilisieren. Dazu gesellt sich die Hoffnung, durch einladende Gesten der Mitentscheidung, wie sie zuvor Wiens Bürgermeister Häupl am Exempel von Hausbesorgern, Nachtfahrten der U-Bahn, oder verpflichtenden Hundeführerscheinern gesetzt hatte, politisch zu punkten.

Wie denken die Österreicher eigentlich über die direkte Demokratie?

Um Aufschluss darüber zu gewinnen, hat das IMAS an rund 1.000 repräsentativ ausgewählte Personen die Frage gestellt, ob es grundsätzlich besser ist, wenn die wichtigsten Sachfragen durch die Volksvertreter im Parlament, oder in Form von Volksabstimmungen durch die Bürger selbst entschieden werden.

IMAS-Umfrage 010041 Mai 2010	Österreichische Bevölkerung ab 16 Jahren			
<u>REPRÄSENTATIV ODER PLEBISZITÄR?</u>				
FRAGE: "Was halten Sie in einer Demokratie grundsätzlich für besser: Wenn die wichtigsten Sachfragen im Parlament, also von den Politikern entschieden werden, oder wenn die Bürger durch Volksabstimmungen möglichst selbst mitentscheiden?"				
	Wenn Politiker im Parlament	Wenn Bürger mit- entscheiden	Kommt drauf an	Unent- schieden
	%	%	%	%
Bevölkerung insgesamt	14	38	35	13 = 100%
<u>PARTEINEIGUNG</u>				
SPÖ	13.....	38.....	38	11 = 100%
ÖVP	24.....	33.....	33	10 = 100%
FPÖ/FPK/BZÖ	15.....	57.....	24	4 = 100%
DIE GRÜNEN.....	19.....	44.....	34	3 = 100%
Andere, Unklare	11.....	35.....	36	18 = 100%

IMAS-Umfrage 010041
 Mai 2010

Österreichische Bevölkerung
 ab 16 Jahren

WUNSCH NACH PERSÖNLICHER MITENTSCHEIDUNG

FRAGE: "... Bei welchen dieser Probleme legen Sie einen besonders großen Wert darauf, dass Sie persönlich in einer Volksabstimmung dabei mitentscheiden können?" (Vorlage eines Kartenspiels mit zufallsgesteuerter Abfrage der Antwortkategorien.)

	Österreicher insgesamt	Befürworter von -		
		Parlaments- entscheid	Volksab- stimmung	Kommt drauf an
	%	%	%	%
Bei Entscheidungen über Zuwanderung.....	52	31	67	47
Beim Bau von Kraftwerken.....	46	32	57	42
Bei EU-Problemen, Rechten in der EU.....	42	17	55	39
Bei Pensionsregelungen.....	42	22	52	40
Bei Sozialgesetzen.....	39	19	48	37
Bei Fragen der Landesverteidigung, Anschaffung von Flugzeugen etc.	35	17	43	35
Bei Fragen des Gesundheitswesens	35	16	48	30
Bei der Festsetzung des Strompreises	34	22	47	27
Bei Steuergesetzen	33	14	48	27
Bei Problemen der Gentechnik.....	33	16	41	31
Bei Fragen des Schulwesens	30	14	39	27
Bei Problemen des Umweltschutzes	28	20	41	21
Bei Entscheidungen über Familienpolitik	26	12	39	20
Bei Wohnbaufragen, Mietrecht etc.	26	11	36	22
Bei Sicherheitsproblemen.....	25	12	37	19
Bei Fragen des Fernsehens, Rundfunks	24	10	31	22
Bei Fragen des Strafgesetzes	19	11	26	17
Bei Problemen des Straßenverkehrs	19	13	27	14
Bei Problemen der Wirtschaftspolitik	14	12	22	9
Bei Fragen der Außenpolitik.....	11	9	16	7
Bei kulturellen Problemen.....	10	7	14	8
Bei der Entscheidung über die Wissen- schafts- und Forschungspolitik	9	2	14	6
Bei Fragen der Handelspolitik	8	5	12	5
Bei nichts davon.....	15	35	2	20

Dem Ergebnis zufolge, bevorzugt eine relative Mehrheit von 38 Prozent vorbehaltlos die Mitwirkung aller Bürger, nur 14 Prozent möchten das Wohl und Wehe des Staates ausschließlich den Politikern überlassen. Trotzdem kann dieser Befund nicht als ein eindeutiges Votum für das Prinzip der plebiszitären Demokratie gewertet werden, denn mindestens ein Drittel der Bevölkerung relativiert die Ansicht zur gegenständlichen Frage durch ein ausweichendes „Kommt auf das Problem an“.

Die vergleichsweise stärksten Befürworter des plebiszitären Prinzips findet man unter den Sympathisanten der Oppositionsparteien FPÖ/BZÖ und GRÜNEN. Konsequente Anhänger der repräsentativen Demokratie sind am ehesten die Wähler der Volkspartei, außerdem Maturanten, Akademiker sowie leitende Angestellte und Beamte.

In weiterer Folge erkundigte sich das IMAS, bei welcher Art von Problemen die Befragten großen Wert auf die persönliche Mitentscheidung legen. Wie sich zeigte, gibt es relativ wenige Sachfragen, bei denen ein wirklich spontanes Verlangen besteht, durch die Abgabe der Stimme selbst mitzureden. In erster Linie gilt dies für Fragen der Zuwanderungs- und Asylpolitik, zu der 52 Prozent der Erwachsenen gehört werden wollen. 46 Prozent möchten überdies beim Bau von Kraftwerken mitbestimmen, jeweils 42 Prozent meldeten ihr Interesse an der Mitsprache bei EU-Problemen, wie z.B. der Wahrung der österreichischen Rechte in der Europäischen Union, oder bei den Pensionsregelungen an. Relativ stark ist (mit 39 Prozent) ansonsten auch der Wunsch nach politischer Mitbestimmung bei den Sozialgesetzen (Arbeitszeitregelungen, Kündigungsschutz etc.) und allenfalls (mit Nennungen von jeweils 35 Prozent) bei Fragen des Gesundheitswesens oder der Landesverteidigung.

Nur mehr jeweils rund ein Drittel der Bevölkerung hat ein ausgeprägtes Verlangen nach Mitentscheidung beim Strompreis, bei Steuergesetzen, bei Problemen der Gentechnik, oder Fragen des Schulwesens und der Bildungspolitik.

In der unteren Hälfte der politischen Bedeutungshierarchie stehen bereits Umweltschutz, Familienpolitik, Eherecht, Wohn- und Mietrecht, Fragen der Verbrechensbekämpfung, Entscheidungen über Fernsehen, Rundfunk, Strafausmaße, oder Probleme des Straßenverkehrs (Bau von Straßen, Umfahrungen, Brücken etc.).

Am geringsten ist das Verlangen nach politischer Partizipation bei Fragen der Außen- und Wirtschaftspolitik, der Kultur-, Wissenschafts- und Forschungspolitik sowie der Handelspolitik. All diese Problembereiche möchten die Österreicher am liebsten den Mandataren im Parlament und insofern auch den politischen Profis überlassen.

Auch die ausdrücklichen Befürworter von Volksabstimmungen haben keineswegs die Absicht, die ganze Bandbreite politischer Probleme durch das Gewicht ihrer Stimme beeinflussen zu wollen. Ein wirklich elementares Verlangen besteht im Grunde bei maximal sechs bis acht der getesteten Bereiche, nämlich: Zuwanderung und Asylpolitik (zu 67 Prozent), Kraftwerksbauten (zu 57 Prozent), EU-Fragen (zu 55 Prozent), Pensionsregelungen (zu 52 Prozent), Steuer- und Sozialgesetze sowie Problemen der Gesundheitsversorgung (zu jeweils 48 Prozent) und bei der Festsetzung des Strompreises (zu 47 Prozent). Es sind dies zugleich jene Problemfelder, die auch von Personen, die eine Volksabstimmung nur bei speziellen Fragen befürworten, als vorrangig betrachtet werden.

Zu den Umfragebefunden ist anzumerken, dass die mentalen Nöte der Gesellschaft freilich nicht nur in einem Manko an politischer Mitsprache, sondern mindestens so sehr auch in einem Mangel an gebotenen Orientierungen bestehen. Die Menschen möchten den Inhabern der politischen Macht im Grunde nicht die historische Verantwortung für die Geschicke der Gesellschaft abnehmen. Erwartet werden vor allem Antworten darauf, wie es weitergehen soll, oder zumindest könnte.

Quintessenz: Das Verlangen der Bevölkerung nach Mitsprache in Schwerpunktbereichen mindert nicht die Bringschuld der Politiker und Parteien an Konzepten und Visionen.

Dokumentation

Zeitraum der Umfrage:	16. April – 7. Mai 2010
Sample:	1.005 Personen, statistisch repräsentativ für die österr. Bevölkerung ab 16 Jahren; Quotaauswahl; face-to-face
Zahl der Interviewer:	122
Archiv-Nummer der Umfrage:	010041

IMPRESSUM:

Informationsdienst der Markt- und Meinungsforschung. Medieninhaber, Herausgeber und Hersteller: IMAS-International – Institut für Markt- und Sozialanalysen GmbH, A-4020 Linz, Gruberstraße 2-6, Tel.: 0732/77 22 55-0, Fax: 0732/77 22 55-5, e-mail: office@imas.at